

II-1447 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 9. Juli 1971 No. 768/7

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. HALDER
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend Verwirklichung der Vorschläge der Verwaltungsreform-
kommission.

Die Verwaltungsreformkommission hat in ihrem Bericht an die
Bundesregierung vom Dezember 1970, den die Bundesregierung
am 23. April 1971 dem Nationalrat zugeleitet hat, folgende
Vorschläge zur Reform der Verwaltung in ihrem Ressortbereich
erstattet:

Personalagenden

Weitgehende Übertragung des dem Bundespräsidenten zustehenden Rechtes auf Ernennung von Bundesbeamten bestimmter Verwaltungszweige an die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung (Art. 66 B-VG).

Einschränkung des Mitwirkungsrechtes des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Finanzen in bestimmten Personalangelegenheiten des Ressorts.

Auszeichnungen

Verredlichung durch Erlassung einer Entschliessung des Bundespräsidenten betreffend die Schaffung von Berufstiteln. Vereinfachung der Verfahren in Auszeichnungsangelegenheiten. Richtlinien für die Verleihung von Berufstiteln sind zur Begutachtung ausgesandt.

Ermächtigung der Bundesminister durch die Bundesregierung, gewisse Anträge an den Bundespräsidenten ohne Befassung des Ministerrates zu stellen (Art. 67 B-VG). Ein entsprechender Entwurf einer Rechtsverordnung ist ausgearbeitet und soll dem Begutachtungsverfahren zugeführt werden.

-2-

Weitere Maßnahmen

Vorschläge zum Ziele der Beseitigung von Divergenzen in der Rechtsprechung der Höchstgerichte.

Weitgehende Vereinfachung durch Automatisierung bei Festsetzung des Vorrückungstichtages.

Vorarbeiten für die Schaffung eines Personalinformationssystems. Globale Einführung der auf Karteisystem beruhenden Kanzleiordnung und Prüfung der Möglichkeit einer Zusammenlegung von Kanzleistellen unter Einbeziehung der Einlaufstelle (nach dem Beispiel des Rechnungshofes).

Einrichtung einer (elektronischen) Textverarbeitungsanlage. Neue Richtlinien für Vervielfältigungen.

Staatsdruckerei

Einbeziehung in einem alle Bundesdruckereien umfassenden Arbeitsverteilungsplan zur Verbesserung der Rentabilität (auf Grund eines Verwaltungsreformvorschlages und der darauf aufbauenden Vorarbeit einer Spezialgruppe). Vorarbeiten zur Errichtung einer logistischen Textverarbeitungsanlage in Zusammenhang mit der Errichtung einer Dokumentation.

Statistisches Zentralamt

Verbesserung der Koordinierung der Erhebungsaufträge, Erstellung einer Prioritätenliste. Durch systemökonomischen Einsatz der elektronischen Datenverarbeitungs-Anlage Erhöhung der Arbeitsleistung pro Arbeitskraft.

Mitwirken auf Teilgebieten der Vorarbeit für ein integriertes Informationssystem der Bundesregierung.

Die Bundesregierung hat laut Pressemeldungen zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nicht in allen Belangen mit den Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission identifiziere, sondern daß sie dem Nationalrat ihre eigenen Vorschläge erstatten werde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang folgende

A n f r a g e :

-3-

- 1) Mit welchen der vorerwähnten Vorschläge der Verwaltungsreformkommission stimmen Sie überein?
- 2) Mit welchen Vorschlägen stimmen Sie nicht überein?
- 3) Wann werden Sie dem Nationalrat konkrete Maßnahmen in jenen Belangen vorschlagen, in denen Sie mit der Verwaltungsreformkommission übereinstimmen?
- 4) Welche anderen Vorstellungen haben Sie im einzelnen zu jenen Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission, mit denen Sie nicht übereinstimmen?
- 5) Wann werden Sie solche konkrete Vorschläge dem Nationalrat vorlegen?